

Teilhabe ist Menschen- Recht



Forderungen der Lebenshilfe

zur Eingliederungs-Hilfe in Leichter Sprache



Lebenshilfe

Das fordert die Lebenshilfe

Die Regierung will wichtige Leistungen für Menschen mit Beeinträchtigung kürzen.

Das wollen auch Politiker und Politikerinnen aus den Bundes-Ländern, den Städten, Gemeinden und Landkreisen.

Sie alle finden: Die Leistungen sind zu teuer.

Es geht dabei um:

- die **Eingliederungs-Hilfe**

Das ist eine Unterstützung vom Staat für Menschen mit Beeinträchtigung.

- die **Pflege-Versicherung**

Sie regelt zum Beispiel:

Wie viel Geld und Hilfs-Mittel Menschen für ihre Pflege bekommen.

- die **Kinder- und Jugend-Hilfe**

Damit werden Kinder, Jugendliche und ihre Familien unterstützt.

In allen 3 Bereichen soll es Kürzungen geben.

Im Sommer wird die Regierung dafür Vorschläge machen.

Darin wird stehen: Was genau gekürzt werden soll.

Die Lebenshilfe setzt sich gegen die Kürzungen ein.

Auch Sie können etwas gegen die geplanten Kürzungen tun.

Reden Sie mit Politikern in Ihrer Stadt.

Das können Politiker und Politikerinnen aus dem Bundestag oder Landtag sein.

Sagen Sie ihnen: Was die Kürzungen für Sie bedeuten.



Das sind die 8 wichtigsten Forderungen der Lebenshilfe:

1. Keinen Gruppen-Zwang

Das ist geplant:

Menschen mit Beeinträchtigung sollen **nicht** mehr einzeln unterstützt werden.

Die Unterstützung soll es in **Gruppen** geben.

Zum Beispiel im Alltag oder beim Wohnen.

Das fordert die Lebenshilfe:

Menschen mit Beeinträchtigung haben ein Recht auf ein eigenes Leben.

Es darf keinen Gruppen-Zwang geben.

2. Schul-Assistenz

Das ist geplant:

Auch in der Schule soll **nicht** mehr jedes Kind eine eigene Schul-Assistenz bekommen.

Eine Schul-Assistenz ist dann für mehrere Kinder zuständig.

Das fordert die Lebenshilfe:

Manche Kinder brauchen mehr Unterstützung.

Darum muss es auch eine Schul-Assistenz für einzelne Kinder geben.

Kinder müssen darauf ein Recht haben.



3. Wohnen

Das ist geplant:

Menschen mit Beeinträchtigung dürfen bisher entscheiden:

Wie und mit wem sie leben wollen.

Das soll sich ändern.

Mehr Menschen mit Beeinträchtigung werden dann in

Einrichtungen leben müssen.

Obwohl sie das **nicht** wollen.

Das fordert die Lebenshilfe:

Menschen mit Beeinträchtigung müssen frei wählen können,

wie und mit wem sie leben.

4. Geld statt Leistungen

Das ist geplant:

Menschen mit Beeinträchtigung sollen bald öfter einen bestimmten Geld-Betrag bekommen.

Bestimmte Leistungen können dann zu teuer sein.

Und Menschen bekommen **nicht** mehr die Unterstützung, die sie brauchen.

Das fordert die Lebenshilfe:

Menschen mit Beeinträchtigung müssen weiter die Leistungen bekommen, die sie brauchen.



5. Nichts über uns, ohne uns!

Das ist geplant:

Die Städte und Gemeinden geben das Geld für die Eingliederungs-Hilfe.

Dafür machen sie eine Planung.

Nicht geplante Hilfen,

soll es bald **nicht** mehr geben.

Bei dieser Planung sollen **keine** Menschen mit Beeinträchtigung dabei sein.

Auch Verbände wie die Lebenshilfe und die Einrichtungen und Dienste der Eingliederungs-Hilfe sind **nicht** dabei.

Das fordert die Lebenshilfe:

Menschen mit Beeinträchtigung, ihre Verbände und die Einrichtungen und Dienste der Eingliederungs-Hilfe müssen bei der Planung dabei sein.

6. **Verhinderungs-Pflege**

Das ist geplant:

Viele Menschen mit Beeinträchtigung werden in ihren Familien gepflegt.

Manchmal muss jemand anderes die Pflege übernehmen.

Zum Beispiel Nachbarn, Freunde oder ein Pflege-Angebot.

Dazu sagt man: Verhinderungs-Pflege.

Die Verhinderungs-Pflege soll gestrichen werden.

Das fordert die Lebenshilfe:

Die Verhinderungs-Pflege muss bleiben.



7. **Rente**

Das ist geplant:

Viele Menschen pflegen Angehörige mit Beeinträchtigung.

Deshalb arbeiten sie oft weniger oder gar **nicht**.

Bisher zahlt der Staat für sie darum auch Beiträge für die Rente.

Diese Beiträge sollen nun gekürzt werden.

Die Lebenshilfe fordert:

Keine Kürzungen bei der Rente für pflegende Angehörige.

8. Gehälter

Das ist geplant:

Für die Arbeit mit Menschen mit Beeinträchtigung gibt es zu wenig Fach-Kräfte.

Das sind zum Beispiel: Pflege-Kräfte und Erzieherinnen.

Sie müssen gut bezahlt werden.

Sonst suchen sie sich eine andere Arbeit.

So eine Bezahlung heißt **Gehalt**.

Für so ein Gehalt gibt es Regeln.

Darin steht: Wer wieviel Geld bekommt.

Diese Regeln heißen **Tarif-Verträge**.

Bald soll es strengere Regeln für das Gehalt von Fach-Kräften geben.

Der Staat will **nicht** mehr das Gehalt bezahlen, das im Tarif-Vertrag steht.

Die Arbeit-Geber haben ihren Mitarbeitern aber schon ein Gehalt aus dem Tarif-Vertrag versprochen.

Das müssen sie jetzt trotzdem bezahlen.

Auch, wenn der Staat da **nicht** mitmacht.

Die Lebenshilfe fordert:

Die vereinbarten Tarif-Gehälter müssen weiter vom Staat bezahlt werden.





Teilhabe ist Menschen- Recht

Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V.
Raiffeisenstraße 18
35043 Marburg
Tel. 06421 491-0, Fax 06421 491-167

Hermann-Blankenstein-Straße 30
10249 Berlin
Tel. 030 206411-0, Fax 030 206411-204

bundesvereinigung@lebenshilfe.de
www.lebenshilfe.de

